

GERECHTE BILDUNG BRAUCHT EIN

INKLUSIVES SCHULGESETZ



Das Schulsystem muss sich den Bedürfnissen der Kinder anpassen – nicht umgekehrt! / Interview mit Sabine Boeddinghaus (MdBü), bildungspolitische Sprecherin der LINKEN

hlz: *Ihr habt noch vor Corona-Zeiten die Idee gehabt, das Schulgesetz, das jetzt gültige, einem Relaunch zu unterziehen, um es damit zu einem inklusiven Schulgesetz zu machen. Meinst du denn, dass ihr bei einem Wähler innenanteil von 9,1 Prozent Chancen habt, damit in der Bürgerschaft Gehör zu finden?*

Sabine Boeddinghaus: Ich glaube, dass es weniger die 9,1 Prozent sind, sondern einfach die Tatsache, dass wir in der Bürgerschaft eine kleine, aber feine Opposition sind und dass ich im Moment wirklich überhaupt gar keine Aussichten sehe, jetzt bei der Rot-Grünen-Mehrheit, ins-

besondere mit dem Schulsenator, den wir haben, für dieses Schulgesetz Gehör zu finden. Das ist schon klar, deswegen sagen wir ja auch: Dies ist ein Angebot an alle in der Stadt, die sich für gute gerechte inklusive Schule engagieren und darüber diskutieren wollen. Es ist auch nicht in Stein gemeißelt. Wir wollen das Gesetz mit allen Interessierten weiterentwickeln. Aber, wie gesagt, wir sind fest davon überzeugt, dass das ein gutes Angebot ist und dass es auch funktionieren könnte, wenn man es politisch wollte. Dass das in dieser Legislaturperiode in Ansätzen verwirklicht werden kann, daran werden wir arbeiten.

hlz: *Ich gebe zu, dass es mir zur Vorbereitung auf dieses Gespräch schwer gefallen ist, das Ding durchzuarbeiten. Wer soll das eigentlich machen? Und ich frage mich, ob eurem Schulgesetz das gleiche Schicksal droht wie Parteiprogrammen (so wird es jedenfalls kolportiert): Wer liest eigentlich so ein Schulgesetz?*

Sabine Boeddinghaus: Wir haben ja in der Phase der Erarbeitung – die hat immerhin neun Monate gedauert – mehrere Lesungen gemacht. Dafür haben wir ganz viele Verbände, die GEW zum Beispiel auch, die Kammern und Elterninitiativen,

eingeladen und die sind auch gekommen. Da haben wir einen guten halben Tag anhand der Paragraphen diskutiert. Natürlich ist es so, dass der Paragraph an sich jetzt nicht die Menschen anspricht, aber das, was der Paragraph ausdrücken will, also das, was wir damit bezwecken wollen, wofür das Gesetz den Rahmen gibt, das ist ja die Botschaft und die wollen wir vermitteln, indem wir nun sehr gerne in viele Diskussionen gehen möchten.

hlz: *Mir scheint, dass auch in eurem überarbeiteten Gesetz eine Reihe von eher unstrittigen Passagen auftauchen, böse könnte man auch von Allgemeinplätzen sprechen. Deshalb die Frage: Wo wird es eigentlich spannend?*

Sabine Boeddinghaus: Na ja, also zum Beispiel, wenn man sich jetzt mal das Schulgesetz anguckt und dann vergeblich den Paragraphen Stadtteilschule und den Paragraphen Gymnasium sucht, dann wird man diese beiden Paragraphen nicht mehr finden, weil es jetzt nur noch einen Paragraphen gibt, nämlich Weiterführende Schule. Das, denke ich, wird Sprengstoff sein in der Diskussion in der Stadt, weil dieses inklusive Schulgesetz jetzt im Grunde das Zwei-Säulen-Modell aushebelt, so würde man uns das jedenfalls sofort unterstellen. Das machen wir auch de facto, wenn es denn Realität würde. Also von daher ist es schon spannend, sich die Paragraphen anzugucken. Aber ich würde natürlich jetzt nicht in einer Veranstaltung mit den Paragraphen wedeln, sondern immer sagen: Was hat uns eigentlich geleitet? Leiten tut uns, dass wir davon überzeugt sind, dass unser jetziges Schulsystem, abgebildet in Grundschule und dann den beiden weiterführenden Säulen Stadtteilschule und Gymnasium, sozial ungerecht ist und dass es dies ist, was die sozi-

ale Spaltung in der Stadt und die Klassengesellschaft im Grunde reproduziert und nicht kompensiert. Also: Chancengleichheit und Inklusion sind nicht Realität.

hlz: *Auf die Chancengleichheit im Allgemeinen kommen wir noch zu sprechen. Die Inklusion ist doch aber als Prozess gestartet. Und der ist einfach – so viel Fairness muss ein – noch nicht abgeschlossen.*

Sabine Boeddinghaus: Zum Beispiel der Paragraph 12, den nennen wir im Sprachgebrauch den Inklusionsparagraphen, der ja im jetzigen Schulgesetz sagt: „Alle haben das Recht ihre Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf eine Regelschule zu schicken.“ Den haben wir im Grunde gestrichen, und zwar auf Diskussionsbeiträge hin und auch auf Anraten von Eltern, die ein Kind haben mit einem Anspruch auf sonderpädagogischen Förderbedarf, weil wir sagen: Eine inklusive Schule hält nicht mehr sonderpädagogischen Förderbedarf vor, sondern eine inklusive Schule entwickelt für jedes Kind, für jeden jungen Menschen einen individuellen Förderplan. Das sind schon Punkte, die man durchaus auch an den Paragraphen ablesen kann. Aber wie gesagt, das Gesetz an sich sagt nur aus, dass es politisch möglich ist, eine inklusive Schule zu organisieren. Und wenn ich das noch sagen darf: wir haben das ja auch von drei sehr anerkannten Schulrechtler_innen prüfen lassen, gutachterlich. Auch die haben uns viel kritische Rückmeldung gegeben, aber sie sagen unter'm Strich: „Es ist möglich“. Deswegen war ja auch unser Ehrgeiz und unser Anspruch, dass wir in dem gesetzlichen Rahmen bleiben von dem, was die KMK zum Beispiel vorschreibt, was die Bildungspläne vorschreiben. Es ist im Grunde nicht die Revolution, dass wir mit allem brechen, aber

wir sagen: Innerhalb dieser Vorgaben kann man eine wirklich gerechte, demokratische und inklusive Schule organisieren.

hlz: *Mir erscheint es wie ein Rundumschlag. Ihr packt Vieles zusammen, Grundsätzliches, auch Strukturelles, dann aber auch wieder eher Marginalien. Fangen wir mal mit Letzteren an. Schulinspektion ist umstritten – auch grundsätzlich. Räumt euer Vorschlag alle Bedenken aus?*

Sabine Boeddinghaus: Nichts ist widerspruchsfrei. Aber an Stelle der eher kontrollierenden soll eine fortlaufende Schulevaluation treten, die wirklich immer jeweils auf die Schule blickt und mit der Schulgemeinschaft zusammen das Schulprogramm weiter evaluiert und entwickelt. Was wir zum Beispiel auch wieder aufwerten wollen, das kann man auch an einem konkreten Paragraphen sehen, das sind die

Foto: Jamil Jalle



Wenn es keine Mehrheiten gibt, muss man sie schaffen.
Sabine Boeddinghaus



Konsequent die Kinderrechte und die Behindertenrechtskonvention wirklich durchzudeklinieren, Paragraph für Paragraph, das hat uns in der Debatte weitergebracht. Ich möchte einfach noch viel mehr Leute in der Stadt damit anstecken. S.B. Diese Art der Pandemie wäre natürlich nur zu begrüßen. J.G.

Regionalen Bildungskonferenzen. Die sind damals im Zuge der Primarschul-Kampagne ins Schulgesetz aufgenommen worden, weil man davon ausging, wenn die sechsjährige Primarschule kommt, dann wird es in den Regionen natürlich viele Anforderungen an Schulentwicklung und Schulorganisation geben. Dann kam es ja leider anders und seitdem liegen diese Regionalen Bildungskonferenzen eigentlich ziemlich brach. Ich habe jetzt vor kurzem eine Anfrage dazu gestellt, was die eigentlich in den sieben Bezirken machen. Da wird in der Tat viel Aufwand betrieben an Fortbildungsangeboten mit sicherlich ganz viel spannenden Themen, das ist gar keine Frage. Aber man könnte dieses Instrument

der Regionalen Bildungskonferenzen wirklich nutzen, gerade auch jetzt in den Diskussionen um den Schulentwicklungsplan, den wir ja neu bekommen haben, so dass die Betroffenen aus der Region wirklich mit einbezogen werden. Das ist unsere Vorstellung von einer inklusiven Schule, dass die Schulen in einer Region gemeinsam Verantwortung übernehmen für die Kinder, die in der Region leben und dass sie gemeinsam gucken: Wie kriegen wir es hin, dass alle gut beschult werden in ihren Stadtteilen? Da gehört die Jugendhilfe dazu, da gehört Kultur, Sport und die bezirkliche Politik dazu. Das dann verbindlich zu machen für die Behörde, das ist unser Clou. Ich glaube, das wäre wirklich ein kluger Gedanke. Leider sträubt

sich der Senator sehr dagegen.

hlz: Woran machst du das fest?

Sabine Boeddinghaus: Schon im letzten Jahr bei der Diskussion des SEPPL-Entwurfs haben wir versucht, das einzubringen. Der Senator hat dies konsequent, weil aus seiner Sicht nicht zielführend, abgelehnt. Ich glaube aber, das hätte sehr viel Druck aus dem Kessel genommen, wenn man darüber demokratische Mitbestimmungs- und Teilhaberechte installiert hätte, weil nicht alles konfliktfrei läuft. Das ist doch vollkommen klar. Und Schulen sind ja eher so ausgerichtet, dass sie oftmals in Konkurrenz zueinander stehen und sich eben nicht unterhaken

und sagen: Komm, wir sind doch hier alle gemeinsam mit unserem Bildungsauftrag unterwegs. So eine Kultur im Grunde wieder zu entwickeln, das schwebt uns mit diesem Paragraphen vor...

hlz: ...bei gleichzeitiger Forderung nach dem ganz großen Wurf: Aufgabe des 2-Säulen-Modells zugunsten einer Schule für alle.

Sabine Boeddinghaus: Das ist eigentlich ein ziemlich simpler Gedanke, weil wir sagen: Inklusion, siehe UN-Behindertenrechtskonvention und Teilhabe, siehe UN-Kinderrechtskonvention – das sind ja die beiden Konventionen, auf die wir uns stützen –, müssen leitend sein für eine inklusive Schule und deswegen kann es eben nicht mehr sein, dass es Schulformen, Schulen gibt, die sagen: Liebes Kind, du bist hier falsch! Deswegen wollen wir die Gymnasien davon befreien, dass sie im Moment schulgerechtlich die Auflage haben, nach Klasse 6 über einen gewissen Leistungsschnitt festzustellen, dass so und so viele Kinder auf die Stadtteilschule müssen. Das hört sich erst mal banal an, aber das ist natürlich eine große Herausforderung. Ich bin aber ganz zuversichtlich, weil ich meine, dass sich auch schon etliche Gymnasialschulleitungen laut zu Wort gemeldet und gesagt haben: Wir übernehmen gerne mehr Verantwortung in Sachen Inklusion. Wir brauchen dann natürlich auch die Qualifikation, wir brauchen natürlich dann auch die entsprechende Ressource. Das ist doch ganz klar. Von daher würde ich gerne die Diskussion auch mit Schulleitungen der Gymnasien darüber führen, ob sie sich das nicht vorstellen könnten und wenn ja, was sie dafür bräuchten. Das ist zum Beispiel eine Möglichkeit, mal ganz konkret in die Debatte über mögliche Umsetzungsschritte unseres inklusiven

Schulgesetzes einzusteigen.

hlz: Macht ihr da nicht die Rechnung ohne den Wirt, sprich: die Eltern, die ihre Kinder aufs Gymnasium schicken? Die wollen doch nach wie vor gar nicht die Vermischung ihres Nachwuchses mit Kindern, von denen sie annehmen, dass diese nicht das kulturelle Kapital mit einbringen können, das ihre Kinder voranbringt. Und überhaupt schwingt dabei aus dieser Sicht doch immer die Angst mit, die Chancen ihrer Kinder würden gemindert, wenn so viel Konkurrenz von unten nachwüchse.

Sabine Boeddinghaus: Ja, wer weiß. Aber es ist nicht zu rechtfertigen. Es gibt keinen pädagogischen Grund für die Trennung der Kinder auf verschiedene Schulformen. Es ist nach wie vor im Grunde die Auseinandersetzung darüber, dass man das Gymnasium einfach nicht anfassen mag, weil man sofort davon ausgeht, dass man wieder eine gewisse Elterngruppe in der Stadt hat, die dann auf den Barrikaden ist. Ich sehe das aber so, dass sich die Stadtgesellschaft in Hamburg auch weiterentwickelt hat. Es melden sich gerade verstärkt Eltern zu Wort, die eine neue Perspektive auf Schule haben, die sich jetzt zum Beispiel auch in Corona-Zeiten einmischen, die gar nicht diesen Dünkel mitbringen, den wir bei bestimmten Eltern in dieser Auseinandersetzung um den Primarschulentscheid kennengelernt haben. Ich sehe durchaus auch Chancen, auch gerade jetzt in Zeiten von Corona, zu sagen: Wie muss sich Schule eigentlich weiterentwickeln und wie können Kinderrechte in den Mittelpunkt gestellt werden, so, dass wirklich alle Kinder zu ihrem Recht kommen? Das, finde ich, ist spannend und deswegen habe ich große Lust, diese Auseinandersetzung zu führen. Ich hoffe, dass wir da bald wieder mehr

Möglichkeiten haben werden, wenn Corona überwunden ist!

hlz: Das bleibt zu hoffen.

Sabine Boeddinghaus: Ich finde, um das auch mal deutlich zu sagen, dieses Schulgesetz ist ja kein rein linkes parteipolitisches Projekt, sondern der Charme besteht auch darin, dass wir eine Arbeitsgruppe aus ganz unterschiedlichen Menschen sind. Aus dieser Situation schöpfe ich auch Kraft. Dass da Ulrich Vieluf dabei ist, der maßgeblich mit seinem ganzen Wissen und seiner ganzen Erfahrung als ehemaliger Staatsrat dazu beigetragen hat, das Helga Wendland als ehemalige Schulleiterin der Ida-Ehre-Stadtteilschule sowie Christiane Albrecht als ehemalige Vorsitzende eures Landesverbandes und Mitglied der Schulleitung dabei sind, zeigt, dass da nicht nur theoretisches Wissen verhandelt wird, sondern Erkenntnisse, die aus jahrzehntelanger praktischer Arbeit an Schulen gewonnen worden sind, in diese Arbeit eingeflossen sind. Ich bin ja eher ein kleines Licht in dieser Runde. Dass ich dort mitarbeiten konnte, das war für mich eine große Ehre, wirklich! Das hat mir richtig viel gegeben: jenseits der parlamentarischen allseits bekannten Schlagabtausche einfach mal konsequent daran zu arbeiten, die Kinderrechte und die Behindertenrechtskonvention wirklich durchzudeklinieren, Paragraph für Paragraph, das hat uns, finde ich, in der Debatte weitergebracht. Ich möchte einfach noch viel mehr Leute in der Stadt damit anstecken.

hlz: Diese Art der Pandemie wäre natürlich nur zu begrüßen – ich danke dir für das Gespräch!

Das Interview führte
JOACHIM GEFFERS